

Die Woche im Bundestag



CDU **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

+53
EURO

**FORDERN WIR VERBINDLICH
FÜR HARTZ-IV-EMPFÄNGER
AB DEM 1. JANUAR 2023.**

CDU **CSU**

Schuldenbremse existiert nur auf dem Papier

Der Bundestag hat in dieser Woche abschließend über den Haushalt für 2023 beraten. Dieser umfasst Ausgaben in Höhe von 476,3 Milliarden Euro und eine Nettoneuverschuldung von fast 50 Milliarden Euro. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes wird aber nur auf dem Papier eingehalten. Denn daneben existieren Schattenhaushalte in einer dreistelligen Milliardenhöhe. Am Ende des Jahres 2022 beträgt der Schuldenberg des Bundes 500 Milliarden Euro. Um das unfassbare Volumen einmal zu illustrieren: es ist genauso hoch wie die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in den Jahren von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung, also von 1949 bis 1990.

Union setzt sich beim Bürgergeld durch

Wir sind zufrieden mit dem Kompromiss zum sogenannten Bürgergeld, das ab 1. Januar gelten soll. Kern der Sozialreform bleiben damit der Grundsatz "Fördern & Fordern" und unser Ziel, Menschen in Arbeit zu bringen. Pflichtverletzungen können weiter vom ersten Tag an mit Leistungskürzungen beantwortet werden, die Karenzzeit wird halbiert und die Vermögensfreigrenzen werden deutlich gesenkt. Auf dieser Basis konnten wir zustimmen. Wir haben im Vermittlungsausschuss schwere Webfehler beim Hartz-IV-Update beseitigt und einen von der Ampel beabsichtigten Systemwechsel hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen verhindert. Gleichzeitig war uns wichtig, dass die Regelsätze in der Grundsicherung zum 1. Januar 2023 deutlich angehoben werden.



Mehr Schutz für Frauen in Deutschland und weltweit



Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November erklärt **die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Silvia Breher:**

„Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen mahnt uns, die Lage von Frauen weltweit und die Bedeutung ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens noch stärker in den Blick zu nehmen. Ukraine, Iran, Afghanistan – überall kämpfen mutige Frauen für ihr Land, ihre Sicherheit und ihre Freiheit. Ihnen gilt unsere Unterstützung und wir müssen alles daran setzen, Gewalt gegen Frauen auf der ganzen Welt zu bekämpfen und das Bestreben nach Freiheit und gleichen Rechten zu unterstützen. Dazu ist es essenziell, dass die Bundesregierung gemeinsam mit unseren Verbündeten endlich harte und wirksame Sanktionen gegen Russland und insbesondere gegen den Iran beschließt, die nicht ohne Weiteres umgangen werden können.“

Hintergrund:

Der „Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen“ ist ein am 25. November jährlich abgehaltener Gedenk- und Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen.

Özdemir kürzt ländlichen Regionen das Geld

Im Zuge der abschließenden Beratungen des Deutschen Bundestages über den Agrarhaushalt 2023 erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:**

„Cem Özdemir ist weder Anwalt der Bauern, noch setzt er sich für die Menschen auf dem Land ein. Das wird mit dem Agrarhaushalt der Ampel immer deutlicher. Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Sonderrahmenplan für die ländliche Entwicklung aufstocken wollte, nimmt die Koalition sage und schreibe 30 Millionen Euro aus diesem wichtigen Fördertopf heraus. Der Bundeslandwirtschaftsminister macht damit Politik gegen die ländlichen Regionen, also gegen mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland.“



Haushalt 2023: Von Sparen keine Spur



In Krisenzeiten ist Sparen das Gebot der Stunde. Das gilt offenbar nicht für die Bundesregierung. Für 2023 plant sie Ausgaben von fast 500 Milliarden Euro, fast 50 Milliarden davon als neue Schulden. Damit nicht genug: Weitere Summen in dreistelliger Milliardenhöhe parkt sie in Schattenhaushalten. Ein übler Trick: Denn damit kann sie erstmals seit drei Jahren wieder die Schuldenbremse einhalten. Die CDU und CSU machen das nicht mit.



Wie sieht der Ampel-Haushalt aus?

Die Ampel-Koalition gibt Geld aus, als gäbe es kein Morgen.

Sie setzt keine Schwerpunkte, sie baut keine Subventionen ab. Besonders unsinnig: Sie spart sogar an der falschen Stelle, an der Verteidigung. Trotz des Krieges vor unserer Haustür sinkt der Etat für die Bundeswehr um fast 300 Mio. Euro. Moment mal: Haben wir nicht unseren NATO-Partnern versprochen, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben?

Was gefällt der Unionsfraktion nicht?

Die Unionsfraktion stört vor allem, dass die Ampel keinen ernsthaften Versuch unternimmt zu sparen. Kommende Generationen dürfen die Rechnung bezahlen. Wobei unsere Kinder und Enkel nicht nur die Tilgung schultern müssen, sondern auch die steigenden Zinslasten. UND die Schulden aus den „Sondervermögen“ für Bundeswehr, Entlastungspaket und Klimafonds müssen sie auch noch zahlen. Sie belaufen sich auf stolze 360 Milliarden Euro.



Was würde die Unionsfraktion anders machen?

Die Unionsfraktion würde keine neuen Schulden aufnehmen. Bräuchte sie auch nicht, denn: Sie hat 19 Milliarden Euro an Einsparpotenzial gefunden. Und sie würde den Klimafonds auflösen und die 60 Milliarden daraus dem Haushalt 2023 zuschlagen. Mit ihren Ausgaben würde sie die Wirtschaft stärken. So würde sie die steuerliche Belastung für Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen und damit Arbeitsplätze sichern. Sie würde in die berufliche Bildung investieren, damit genügend Fachkräfte auf dem Markt sind. Nicht zuletzt würde sie mehr in unser aller Sicherheit investieren: in die Bundeswehr und in den Katastrophenschutz.

Die Woche im Plenum

In dieser Woche stand die **abschließende Beratung des Haushaltes für das Jahr 2023** an. Das bedeutet für die einzelnen Etats:



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Dieser Etat sieht Ausgaben von 13,57 Mrd. Euro vor gegenüber 12,39 Mrd. Euro in 2022. Wir kritisieren, dass die Kindergelderhöhung nur für das erste und zweite Kind kommen soll, diese Ungleichbehandlung von Kindern kann die Union nicht mittragen. Zusätzliche fünf Mio. Euro für das Programm „Frühe Hilfen“ klingen zwar nach viel, sind aber in Wirklichkeit nur ein Ausgleich für steigende Kosten und reichen bei weitem nicht. Zwar rühmt sich das Ministerium nun für die Übergangszeit für die Sprach-Kitas bis Sommer 2023, dies wäre aber gar nicht nötig gewesen, wäre der Prozess besser mit den Ländern abgestimmt worden.

Bundesministerium der Verteidigung: Der Verteidigungsetat sinkt trotz des Krieges vor unserer Haustür um fast 300 Mio. Euro. Dabei haben wir unseren NATO-Partnern versprochen, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Das ist ein grober Wortbruch. Und im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist bislang kein einziger Beschaffungsauftrag erteilt worden. Das Sondervermögen ist nicht Bestandteil des Einzelplans des Verteidigungsministeriums. Die Gesamtausgaben für Verteidigung liegen damit aber bei 58,6 Mrd. Euro.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Die Ausgaben des Arbeits- und Sozialministeriums sind überwiegend Zuweisungen und Zuschüsse (laut Entwurf 163,81 Mrd. Euro gegenüber 160,32 Mrd. Euro in diesem Jahr). Der Löwenanteil entfällt auf die Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sieht der Entwurf 121,28 Mrd. Euro vor (2022: 116,79 Mrd. Euro). Darin enthal-

ten sind die Leistungen an die Rentenversicherung mit 112,39 Mrd. Euro (2022: 108,3 Mrd. Euro).

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Ein gutes Drittel der Ausgaben der Ministerin sind Personalausgaben. Dafür sind 5,74 Mrd. Euro eingestellt (2022: 5,49 Mrd. Euro). Für die Bundespolizei können 4,15 Mrd. Euro ausgegeben werden im Vergleich zu 4,58 Mrd. Euro in diesem Jahr. Der Bereich der Informationstechnik (IT) und Netzpolitik, Digitalfunk und moderne Verwaltung schlägt mit Ausgaben von 1,56 Mrd. zu Buche (2022: 2,88 Mrd. Euro). Für Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene sind 892,01 Mio. Euro eingeplant, nachdem der Haushaltsausschuss den Ansatz um drei Mio. Euro aufgestockt hatte. 2022 war es noch eine Milliarde Euro. Von den zusätzlichen 24 Mio. Euro für die Migrationsberatung werden 21 Mio. Euro durch Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanziert. Begründet wird die Erhöhung mit dem anhaltend hohen Bedarf an Beratung sowie einem absehbar erhöhten Bedarf durch die Einführung eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“ ab 2023. Neu aufgenommen wurden 327.000 Euro für das „Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte“.



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Einzelplan 10 umfasst für 2023 Ausgaben von 7,25 Mrd. Euro, in diesem Jahr sind es 7,1 Mrd. Euro. Der Agrarhaushalt kann mit Einnahmen von 82,17 Mio. Euro rechnen, 2022 sind es 81,7 Mio. Euro. Auf der Ausgabenseite dominieren die Zuweisungen und Zuschüsse mit 5,28 Mrd. Euro (2022: 5,18 Mrd. Euro). Die Landwirtschaftliche Sozialpolitik umfasst Ausgaben von 4,08 Mrd. Euro (2022: 3,95 Mrd. Euro). Davon entfallen 2,46 Mrd. Euro auf die Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte (2022: 2,37 Mrd. Euro) und 1,48 Mrd. Euro (2022: 1,44 Mrd. Euro) auf die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte. An der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

beteiligt sich der Bund dem Entwurf zufolge mit 1,13 Mrd. Euro (2022: 1,32 Mrd. Euro).



Bundesministerium für Bildung und Forschung: Der Einzelplan 30 des Haushaltsgesetzes 2023 umfasst in Ausgaben von 21,46 Mrd. Euro vorgesehen gegenüber 20,89 Mrd. Euro in 2022. Das Ministerium kann wie 2022 mit Einnahmen von 41,25 Mio. Euro kalkulieren. Größter Posten im Bereich der Bildung sind die Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dafür sind 2,7 Mrd. Euro vorgesehen gegenüber 2,33 Mrd. Euro in diesem Jahr. Für die berufliche Aufstiegsfortbildung soll es 852,18 Mio. Euro geben (2022: 786,18 Mio. Euro), für die berufliche Bildung 261,34 Mio. Euro (2022: 466,71 Mio. Euro), für die „Stärkung des Lernens im Lebenslauf“ 507,55 Mio. Euro (2022: 538,69 Mio. Euro) und für die Begabtenförderung 465,3 Mio. Euro (2022: 431,58 Mio. Euro).

Bundesministeriums für Digitales und Verkehr: Der Einzelplan 12 sieht im kommenden Jahr Ausgaben von 35,58 Mrd. Euro gegenüber 36,11 Mrd. im Jahr 2022 vor. Als Einnahmen sind 8,65 Mrd. Euro veranschlagt im Vergleich zu 7,98 Mrd. Euro 2022. Davon sollen 8,02 Mrd. Euro auf die Lkw-Maut entfallen (2022: 7,36 Mrd. Euro). Wir sehen hier eine falsche Prioritätensetzung. Es kann nicht sein, dass an der Digitalisierung gespart wird, wie z.B. beim Stopp des Breitband-Förderprogramms Ende Oktober. Dies ist von vielen Bürgermeistern und betroffenen Bürgern als Vertrauensbruch wahrgenommen worden. Städte werden hierbei gegen ländliche Räume ausgespielt, wodurch das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auf dem Spiel steht.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: Der Etat sieht für 2023 nun Ausgaben in Höhe von 7,33 Mrd. Euro vor. Er liegt damit um 2,32 Mrd. Euro über dem Ansatz im Regierungsentwurf (5,01 Mrd. Euro) und um 2,37 Mrd. Euro über dem Soll für 2022 (4,96 Mrd. Euro).

Hauptgrund für diese Änderung ist die zwischenzeitlich vom Bundestag beschlossene Ausweitung des Wohngeldes ab 1. Januar 2023. Die Ausgaben sind daher mit 2,9 Mrd. Euro um 2,21 Mrd. Euro höher veranschlagt als im Regierungsentwurf (Soll 2022: 895 Mio. Euro).

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Der Einzelplan 09 des Haushaltsgesetzes 2023 umfasst Ausgaben von 14,57 Mrd. Euro gegenüber 11,33 Mrd. Euro in diesem Jahr. Das Bundesministerium erwartet Einnahmen von 685,53 Mio. Euro (2022: 731,92 Mio. Euro). 5,29 Mrd. Euro sollen investiert werden (2022: 4,1 Mrd. Euro).



Nach den **abschließenden Beratungen** sind für das Jahr 2023 Ausgaben in Höhe von 476,29 Mrd. Euro vorgesehen. In diesem Jahr kann der Bund 495,79 Mrd. Euro ausgeben. Der Regierungsentwurf umfasste noch Ausgaben von 445,22 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung für 2023 soll 45,61 Mrd. Euro betragen im Vergleich zu 138,9 Mrd. Euro in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen sind mit 358,13 Mrd. Euro veranschlagt und fallen höher aus als das Soll in diesem Jahr (328,4 Mrd. Euro). Als sonstige Einnahmen sind 72,55 Mrd. Euro ausgewiesen.

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.